

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
175 · Ausgabe CH · Mai 2018
AZB 3001 Bern



Gleichstellung im Schneckentempo

Um die Gleichstellung steht es schlecht im Parlament. Auch minimale Vorlagen werden abgeschmettert. In der Sommersession haben Ständerat und Nationalrat die Chance, diesen Kurs zu korrigieren. Seiten 4 & 5

50 JAHRE 1968

«Wie können wir das Erbe von 1968 in die heutige Zeit übersetzen und zur Grundlage einer erfolgreichen linken Politik machen?» – dieser Frage widmet sich eine Veranstaltung vom 18. Mai in Bern. Seiten 6 & 7

SICHERHEITSPOLITIK

«Nein zu den Kampfjet-Milliarden!» – eine Replik auf das Sicherheitspapier der «Reformorientierten Plattform». Seite 13

Liebe Genossinnen und Genossen
Liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten



Vor neunzig Jahren zog eine Gruppe von Frauen eine riesige Schnecke durch die Stadt Bern. Die Frauen nutzten den Eröffnungsumzug der Schweizerischen Ausstellung für Frauenarbeit (SAFFA), um dagegen zu protestieren, dass es mit der Einführung des Frauenstimmrechts nicht vorwärtsging. Ihre Schnecke zogen die Frauen bis vors Bundeshaus. Hätten sie damals gewusst, wie es heute dort drinnen um die Gleichstellung steht, hätten sie wohl ein noch langsameres Tier als Symbol gewählt.

Neunzig Jahre später nämlich, wenige Tage vor dem diesjährigen 8. März, hat der Ständerat eine Vorlage von Bundesrätin Simonetta Sommaruga für ein bisschen mehr Lohngleichheit an die Kommission zurückgewiesen. In der gleichen Woche gab der Bundesrat die Eckwerte der neuen Vorlage zur Sanierung der AHV bekannt: Wieder soll das Frauenrentenalter erhöht werden. Und wenige Wochen davor hat sich die Staatspolitische Kommission des Nationalrats gegen eine angemessene Vertretung der Geschlechter im Bundesrat ausgesprochen.

Das alles ist nachzulesen im Text auf den Seiten 4 und 5. Und auch, dass bei allen drei Geschäften das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. National- und Ständerat können mit grosser Wahrscheinlichkeit bereits in der Sommersession ihre Richtung noch ändern. Und zur Reform der AHV beginnt im Sommer die Vernehmlassung.

Eins ist hingegen schon jetzt klar: Wir müssen weiterkämpfen für mehr Gleichstellung! Was die Symbole angeht, können wir uns noch steigern. Es gibt denn auch ein Tier, das noch langsamer ist als die Schnecke: das Dreifinger-Faultier. Während die Schnecke sieben Meter pro Stunde zurücklegt, schafft das Faultier gerade einmal 2,4 Meter pro Stunde.

Herzliche Grüsse

Andrea Bauer, Chefredaktorin «links»

INHALT

- 2–3 **Aktuell**
- 4 **Thema**
Düstere Zeiten für die Gleichstellung
von Claudio Marti
- 5 **Positionen**
Jetzt das Referendum gegen das Überwachungsgesetz unterschreiben!
von Silvia Schenker
- 6–7 **Aktuell**
Mai 1968: Nach dem Ende ist vor dem Ende der Geschichte
von Thomas Seibert
- 8 **Abstimmungen**
Ja zum Geldspielgesetz, Nein zur Vollgeld-Initiative
- 9–12 **Kantonale Seiten**
- 13 **Positionen**
Nein zu den Kampfjet-Milliarden! – Eine Replik
Von Angelo Barrile
- 14–15 **Debatte**
Das neue Denknetz-Buch zum 200. Geburtstag von Karl Marx
- 16 **Positionen**
Die Chancengerechtigkeit gehört ins Zentrum des Bildungssystems
von Matthias Aebischer
- 17 **Kampagne**
Die Infokampagne der SP zu 100 Jahren Landesstreik
von Gisela Nyfeler
- 18–19 **Veranstaltungen/Agenda**

Fabian Molina für Tim Guldemann

Der in Berlin wohnhafte Zürcher Nationalrat Tim Guldemann hat in der Frühlingsession



seinen Rücktritt bekannt gegeben. Seinen Sitz übernimmt Fabian Molina, der bei den letzten Wahlen den ersten Ersatzplatz erreichte. Der 27-jährige aus Illnau-Effretikon war von 2014 bis 2016 Präsident der Juso Schweiz.

Plattform für ein zukunftsfähiges Waffenrecht

Als Schengen-Land muss die Schweiz ihr Waffenrecht an dasjenige der EU anpassen. Anfang März hat der Bundesrat deshalb



seinen Vorschlag zuhanden des Parlaments vorgestellt. Der SP geht dieser zu wenig weit. Sie hat deshalb zusammen mit der Verbindung der psychiatrisch-psychotherapeutisch tätigen Ärzte und Ärztinnen der Schweiz FMPP, den Haus- und Kinderärzten Schweiz mfe, dem Verband Schweizerischer Polizeibeamter VSPB und den Evangelischen Frauen Schweiz EFS die Plattform «für ein zukunftsfähiges Waffenrecht» gegründet. Die Plattform fordert, den Zugang zu Waffen weiter einzuschränken, als dies der Bundesrat vorsieht, und die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen strenger zu regeln.

Vorstoss gegen Hasskriminalität

Facebook und Co. sollen bei Hasskriminalität und weiteren Straftaten in den sozialen



Netzwerken stärker in die Pflicht genommen werden und sich dabei nicht mehr hinter Landesgrenzen verstecken können. Die Rechtskommission des Ständerats hat eine Kommissionsmotion mit entsprechendem Inhalt eingereicht, die auf einen Vorstoss von Ständerat Christian Levrat zurückgeht. Der Bundesrat wird beauftragt, eine Gesetzesänderung zu unterbreiten. In der Schweiz aktive Betreiberinnen und Betreiber von sozialen Netzwerken sollen hierzulande über eine Vertretung oder ein Zustelldomizil verfügen müssen. Dadurch soll eine Anlaufstelle für die Behörden und für Beschwerden von Betroffenen entstehen. Zudem soll der Bundesrat auf internationaler Ebene aktiv darauf hinwirken, dass die länderübergreifende Rechtsdurchsetzung im Internetbereich erleichtert wird. Die Motion wird in der Sommersession vom Ständerat behandelt.

Klima-Allianz

Die Klimaallianz, der die SP angehört, fordert die Schweizerische Nationalbank (SNB) auf, aus Erdöl, Gas und Kohle auszusteigen. Der



CO₂-Ausstoss, den die Aktienanlagen der Nationalbank verursachen, ist höher als derjenige der gesamten Schweiz. Diese Treibhausgasemissionen stammen schwergewichtig von Kohle-, Erdöl- und Erdgas-Firmen, welche die SNB mit ihrem Geld mitfinanziert. Dies steht im Widerspruch zu den eigenen Anlagerichtlinien, die Investitionen in Unternehmen ausschliessen, welche systematisch gravierende Umweltschäden verursachen.

Keine automatische Erhöhung der Franchisen

Ende März hat der Bundesrat entschieden, die Franchisen in der Krankenversicherung



künftig automatisch an die Kosten anzupassen. Wann immer die Gesundheitskosten steigen, sollen die Franchisen systematisch erhöht werden. Schon jetzt tragen die Menschen in der Schweiz im internationalen Vergleich einen sehr hohen Teil der Gesundheitskosten selber. Mit der präsentierten Vorlage wird sich dieses Ungleichgewicht weiter verschärfen. Die Versicherten werden künftig immer mehr selber berappen müssen, um sich behandeln zu lassen. Der Zugang zu Gesundheitsleistungen wird dadurch für die kleinen und mittleren Einkommen weiter erschwert. Statt die Kosten nur zu verschieben, wäre eine Vermeidung der Kosten, die durch überflüssige Behandlungen und durch den Wettbewerb zwischen den Spitälern entstehen, dringend angebracht. Die SP kritisiert diesen Missstand schon lange und arbeitet deshalb eine Initiative aus, welche die Krankenkassenprämien auf 10 Prozent des Haushaltseinkommens beschränken und somit den Zugang zu Gesundheitsleistungen für alle sicherstellen will.

Düstere Zeiten für die Gleich

DIE ZEICHEN FÜR MEHR GLEICHSTELLUNG STEHEN ZURZEIT SCHLECHT: DAS PARLAMENT SCHMETTERT AUCH MINIMALE FORTSCHRITTE HIN ZU MEHR LOHNGLEICHHEIT AB. IN DER SOMMERSESSION HABEN STÄNDERAT UND NATIONALRAT DIE CHANCE, DIESEN KURS ZU KORRIGIEREN.



Claudio Marti ist politischer Fachsekretär der SP-Fraktion für Rechts- und Staatspolitik

Am Weltfrauentag vom vergangenen 8. März trugen die Fraktionsmitglieder der SP während der Frühlingssession Schwarz. Dies aus gutem Grund: Es sind düstere Zeiten für die Gleichstellungspolitik im Bundeshaus. Anfang März verhinderten die bürgerlichen Männer des Ständerats, dass wenigstens minimale Fortschritte gegen die vorherrschende Lohndiskriminierung der Frauen erzielt werden können, und wiesen die Lohngleichheitsvorlage von Simonetta Sommaruga mit einem «Buebetrickli» zurück an die Kommission.

Nur ein paar Wochen zuvor hatte sich die Staatspolitische Kommission des Nationalrats dagegen ausgesprochen, dass das Parlament bei der Zusammensetzung des Bundesrats neben der angemessenen Vertretung der Regionen und Sprachen auch eine angemessene Geschlechterverteilung beachten soll. Und im Oktober 2017 hatte der Bundesrat einen vierwöchigen Vaterschaftsurlaub abgelehnt. Er zeigte damit seinen Unwillen, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf glaubwürdig zu fördern.

Vorstosspaket zum 8. März

Die SP will sich mit diesen düsteren Zeiten nicht abfinden und hat deshalb am 8. März



Andrea Bauer

ein Paket mit gleichstellungspolitischen Vorstössen eingereicht. Die geforderten Massnahmen streben die Bekämpfung von Geschlechterdiskriminierung an, verlangen unter anderem Berichte über den wirtschaftlichen Nutzen der Gleichstellung und über die Massnahmen von Bund, Kantonen, Gemeinden und Zivilgesellschaft zur Erreichung der Gleichstellung und fordern Lohntransparenz sowie Kindergutschriften bei den Steuern.

Eine neue Chance für den Ständerat ...

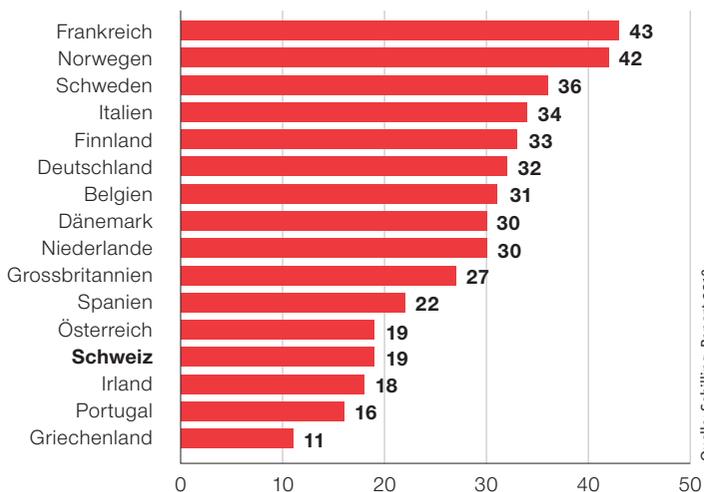
In der am 28. Mai beginnenden Sommer-session hat das Parlament nun die Chance, Farbe zu bekennen und Licht in die gleichstellungspolitische Dunkelheit zu bringen: Dazu stehen voraussichtlich zwei Vorlagen

von Simonetta Sommaruga auf der Traktandenliste.

Im Ständerat liegt nochmals die Lohngleichheitsvorlage auf dem Tisch: Gemäss dem Vorschlag des Bundesrates sollen Unternehmen ab fünfzig Mitarbeitenden verpflichtet werden, alle vier Jahre ihre Löhne auf eine Diskriminierung zwischen Frauen und Männern hin zu untersuchen, diese Analyse von einem Revisionsunternehmen überprüfen zu lassen und ihre Angestellten über die Resultate zu informieren. Denn solche Überprüfungen sind bitter nötig: Gemäss Bundesamt für Statistik beträgt die Lohn-diskriminierung zulasten der Frauen noch immer 7,4 Prozent – das sind 7,4 Prozent zu viel! Einziger Grund für die Diskriminierung:

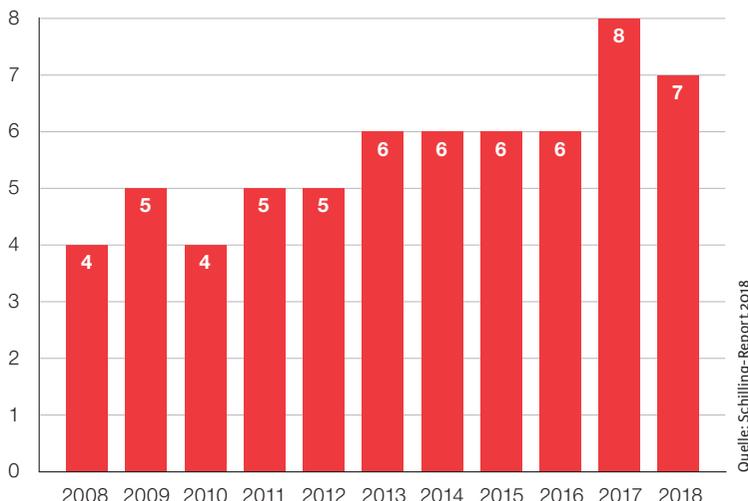
Frauenanteil im Verwaltungsrat

Internationaler Vergleich, in Prozent



Frauenanteil in der Geschäftsleitung im privaten Sektor

in Prozent



Quelle: Schilling-Report 2018

Quelle: Schilling-Report 2018

stellung

Sie sind Frauen! Das Geld fehlt den Frauen am Ende jedes Monats im Portemonnaie. Und nicht zuletzt drängt die Lohndiskriminierung Paare mit Kindern ins klassische Rollenmodell, da sich die Erwerbsarbeit der Frauen finanziell weniger lohnt.

... und eine für den Nationalrat

Auch im Nationalrat steht eine Vorlage unserer Bundesrätin an, welche die Benachteiligung der Frauen in der Berufswelt bekämpfen will: Im Rahmen der Revision des Aktienrechts müssen Grossunternehmen Geschlechterrichtwerte einhalten. Im Verwaltungsrat soll jedes Geschlecht mindestens zu 30 Prozent vertreten sein, in der Geschäftsleitung zu 20 Prozent. Verfehlen die Unternehmen diese Richtwerte, müssen sie aufzeigen, wie sie für mehr Frauen in den Führungspositionen sorgen wollen. Damit soll die sogenannte gläserne Decke in den Teppichetagen erste Risse erhalten und das Ende der exklusiven Männerclubs in der Führung der Grosskonzerne eingeleitet werden. Denn auch dort besteht Handlungsbedarf: In den Verwaltungsräten der grössten Schweizer Unternehmen liegt der Frauenanteil aktuell gerade einmal bei 19 Prozent, in den Geschäftsleitungen sogar bei nur 7 Prozent. Und dieser Anteil ist im vergangenen Jahr sogar noch gesunken! Deshalb muss nun endlich ein Schritt in die richtige Richtung gemacht werden. Das Beispiel der Frauenquote in Deutschland zeigt, dass Vorgaben der Politik die Situation durchaus verbessern können.

Am 14. Juni – während der Sommersession also – ist der 27. Jahrestag des Frauenstreiks, bei dem eine halbe Million Frauen in der Schweiz die Arbeit niederlegten, um gegen die zögerliche Umsetzung des Gleichstellungsartikels zu protestieren.

Höchste Zeit also, dass die rechtsbürgerliche Mehrheit im Parlament Farbe bekennt. Auf dass der nächste Weltfrauentag am 8. März 2019 nicht mehr so düster ist wie dieses Jahr!

Rentenreform: Keine Erhöhung des Frauenrentenalters ohne vernünftige Kompensation

Nur zwei Tage nachdem der Ständerat die Vorlage gegen Lohndiskriminierung in die Kommission zurückgeschickt hatte, gab der Bundesrat die Eckwerte für die neue Rentenreform bekannt. Auch der neue Vorschlag sieht eine Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre vor. Zur Kompensation werden laut dem Bundesrat drei Modelle geprüft. Die SP hält an ihren bisherigen Forderungen fest: keine Erhöhung des Frauenrentenalters ohne substanzielle Kompensation, keine allgemeine Erhöhung des Rentenalters für alle und keine Senkung des Rentenniveaus. Eine Reform, die sich ausserhalb dieses Rahmens bewegt, wird die SP auf keinen Fall mittragen. Es darf nicht vergessen werden, dass das Frauenrentenalter ein wichtiger Grund für die Ablehnung der Vorlage «Rentenalter 2020» im September 2017 war. Die Vernehmlassung zur neuen Vorlage, an der sich die SP beteiligen wird, beginnt vor den Sommerferien.

REFERENDUM GEGEN DAS ÜBERWACHUNGSGESETZ

Es geht um viel!

Silvia Schenker,
Nationalrätin BS



Die SP unterstützt das Referendum gegen das Überwachungsgesetz. Es ist unsere Verantwortung, die Grundrechte gegen diesen massiven Angriff zu verteidigen. Es ist aber auch unsere Kernaufgabe, uns für die Rechte und die Würde der Menschen einzusetzen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind.

Betroffen sind wir alle, denn neben der Invaliden- und Unfallversicherung und den Ergänzungsleistungen fällt auch die Krankenversicherung unter die neue gesetzliche Grundlage. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Schweiz im Jahr 2016 gerügt, weil für die Observation von Unfallversicherten keine ausreichende Rechtsgrundlage vorhanden sei. Im Eilzugstempo hat das Parlament im allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts einen Artikel geschaffen, der allen Sozialversicherungen in Zukunft weitreichende Überwachungsinstrumente in die Hand gibt. So sollen von ihnen beauftragte Privatdetektive Versicherte ohne richterliche Genehmigung mit Bild- und Tonaufnahmen überwachen können. Für die Bestimmung des Standorts ist sogar der Einsatz technischer Instrumente wie GPS-Tracker oder Drohnen möglich, wenn ein Gericht dies genehmigt.

Versicherungsspitzel mit mehr Kompetenzen als die Polizei?

Das mulmige Bauchgefühl eines Sachbearbeiters genügt, damit in Zukunft ein Versicherungsspitzel uns ins Wohnzimmer spähen darf. Damit erhalten Privatdetektive für die Observation von Versicherten weiter reichende Kompetenzen als die Polizei für die Überwachung von Straftäterinnen und potenziellen Terroristen. Ebenso stossend ist, dass Observationen nicht nur an allgemein zugänglichen Orten in der Öffentlichkeit möglich sind. Die Schnüffler sollen uns auch auf dem Balkon, im Wintergarten oder im Schlafzimmer ausspähen dürfen, wenn die Beobachtung von einem allgemein zugänglichen Ort aus geschieht. Wer in einem Einfamilienhaus oder im Parterre wohnt, hat Pech gehabt.

Mit Missbrauchsfällen die Grundrechte aushebeln?

Die Privatsphäre ist eines der wichtigsten Grundrechte, das in der Verfassung abgesichert ist. Nun hat das Parlament bewusst unsere Privatsphäre auf dem Altar der Sozialversicherungen geopfert. Wegen seltener Missbrauchsfälle, die bis anhin mit Hilfe von Observationen aufgedeckt wurden, laufen wir alle Gefahr, von Versicherungsspionen observiert zu werden. Das Parlament hat es verpasst, eine zwingend notwendige Güterabwägung zu machen: Ist das öffentliche Interesse tatsächlich grösser als unser verfassungsmässig verankertes Grundrecht auf Privatsphäre? Dass es so weit kommen konnte, hat seinen Ursprung in der langjährigen, perfiden Kampagne der Rechtsbürgerlichen gegen Menschen, die Sozialleistungen beanspruchen. Wer Sozialleistungen bezieht, wird der Faulheit und des Missbrauchs verdächtigt. Das Recht auf Versicherungsleistungen, die im Bedarfsfall uns allen zustehen, verkommt dabei immer mehr zu einem Gnadenakt. Steuerhinterziehung, der «Volkssport» der Reichen, wird grosszügig verharmlost, der Missbrauch von Sozialleistungen dagegen wird aufgebauscht und dramatisiert.

Jetzt sammeln!

Das Referendum gegen diese Vorlage ist dringend notwendig. Es ist unsere Verantwortung, die Grundrechte gegen diesen massiven Angriff zu verteidigen. Es ist aber auch unsere Kernaufgabe als Sozialdemokratie, uns für die Rechte und die Würde der Menschen einzusetzen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind. Wir dürfen unseren politischen Kampf nicht darauf beschränken, den Zugang zu den und die Höhe der Leistungen zu verteidigen. Wir müssen auch dafür kämpfen, dass Betroffene mit Würde und Respekt behandelt werden. Lassen wir die rechte Mehrheit nicht einfach durchmarschieren!

Unterschreibe jetzt das Referendum und hilf mit beim Sammeln! Unterschriftenbogen ausdrucken oder bestellen: www.spschweiz.ch/referendum

Mai 68: Nach dem Ende ist vor dem Ende der Geschichte

«DAS PRIVATE IST POLITISCH» – DIE LOSUNG DER 68ER – HEISSE HEUTE, NICHT HINTER GLOBALISIERUNG UND INDIVIDUALISIERUNG ZURÜCK-, SONDERN ÜBER SIE HINAUSZUWOLLEN, IN EINE ANDERE GLOBALISIERUNG UND INDIVIDUALISIERUNG, SAGT DER PHILOSOPH UND AUTOR THOMAS SEIBERT. SEIBERT IST GAST AN DER VERANSTALTUNG «DAS ERBE VON 1968 UND DIE ZUKUNFT LINKER POLITIK» VOM 18. MAI.

Der Mai 68 war das letzte grosse weltgeschichtliche Ereignis und bleibt für linke Politik in Praxis und Theorie massgebend. Weiter als damals sind wir in Sachen Emanzipation nicht gekommen, und das, mit Kant zu reden, vergisst sich nicht. Allerdings stehen wir heute nicht vor einem neuen emanzipatorischen Aufbruch, zumindest nicht in nächster Zeit. Stattdessen trudeln wir noch abwärts, und das in dramatisch beschleunigtem Tempo. Der erste Anlass, sich wieder an 1968 zu orientieren, wird uns denn auch von rechts geliefert. Die internationale konservative Kulturrevolution greift direkt den «Geist von 68» an, nicht wenige verzagte Linke schliessen sich dem an. Nehmen wir diese Herausforderung an.

«Die Welt verändern und das Leben ändern»

Im ersten Schritt ist dann zu klären, wofür die strittige Jahreszahl steht. Denn 1968 meint eigentlich eine ganze Epoche. Sie beginnt in den 1950ern, mit der kubanischen und algerischen Revolution, und bricht irgendwann in den 1980ern ab. Im zweiten Schritt erst macht es Sinn, auf den Pariser Mai zu schauen, der die Epoche verdichtet. Die Frauenbewegung, die rebellische Jugend, die Studierenden, die Arbeiterinnen und Arbeiter kamen sich hier näher als anderswo. Die globale Dimension der Kämpfe war ebenso am Horizont wie die Ökologie. Dabei konnten die Aufbegehrenden auf eine theoretische Überlieferung zurückgreifen, die im Jahr 1968 schon rund dreissig Jahre alt war. Sie ging von der Krise des Marxismus aus und von den Suchbewegungen, die den Marxismus mit der Kritischen Theorie, dem Existenzialismus oder dem Strukturalismus in Kommunikation brachten. Dazu gehörte die Gesellschafts-

kritik, die von den Avantgarden der Kunst ausging. «Die Welt verändern und das Leben ändern», hatte der Surrealist André Breton 1935 gesagt: Jetzt las man das als Graffiti an den Wänden. Zehn Millionen traten in den Streik, Präsident de Gaulle floh im Hubschrauber nach Deutschland.

«Das Private ist politisch!»

Schon auf dem Höhepunkt begann der Rücklauf: Konservative und Kommunisten einigen sich auf Neuwahlen, die von der Rechten gewonnen werden. Bis in die frühen 1980er wiederholt sich das auch anderswo. Das hochexplosive Gemisch hat gezündet, doch das Weltgebäude blieb stehen, auch wenn es jetzt in vielen Wohnungen ganz anders zugeht. Davon bleibt heute, was ich den Überschuss und das Unabgeholte der Epoche nenne. So sollte sich die Kritik des Alltagslebens, an der profanen Dreifaltigkeit von Arbeit, Konsum und Freizeit, an der Familie und am Verhältnis der Geschlechter und Generationen politisch in einer Doppelkritik an Kapitalismus und Realsozialismus bewähren. Das gelang in vielem und trug letztlich auch zum Einsturz der realsozialistischen Bürokratien des Ostens wie des Westens bei. Der Kapitalismus aber dauert fort, aus dem Geist von 68 heraus gründlich renoviert. Bedient hat er sich dabei nicht zuletzt der «Politik in erster Person», der strategischen Neuerung von 68. Im ersten Zug geht es dabei um die Unumgänglichkeit existenzieller Revolten: Sollen zugleich die Welt und das Leben verändert werden, muss jede und jeder mit sich den Anfang machen. Im zweiten Zug aber bestimmt die Politik in erster Person neu, wo um die Welt und das Leben zu streiten ist: überall dort, wo zwischen Individuum und Gesellschaft



Dr. Thomas Seibert ist Philosoph, Autor und Vorstandssprecher des Instituts Solidarische Moderne in Berlin. Zuletzt erschien von ihm «Ökologie der Existenz – Freiheit, Gleichheit, Umwelt» (Hamburg 2017).

vermittelt wird. Das geschieht eben nicht nur im Staat und auch nicht nur am Arbeitsplatz, sondern überall, wo sich Menschen auf sich, aufeinander und auf die Welt beziehen. Als Losung für diese Erweiterung der Kampfzonen steht der Satz: «Das Private ist politisch!»

Alle, die hier sind, sind von hier

Geblieben ist davon erst einmal das (nur scheinbar paradoxe) Doppel von neoliberaler Globalisierung und neoliberaler Individualisierung: Weltweit aus tradierten Bindungen freigesetzt, bleiben wir trotzdem der Verwertung unseres Lebens und Denkens dienstbar, wo immer wir sind, zu jeder Zeit. Die daraus resultierende Panik speist die nationalistische, rassistische und fundamentalistische Regression, führt in der Linken aktuell zur aussichtslosen Wiederkehr einer marxistischen Orthodoxie. Wer einen neuen emanzipatorischen Aufbruch wenigstens vorbereiten will, bleibt dennoch auf den Überschuss und das Unabgeholte von 1968 verwiesen. Politik in erster Person heisst heute, nicht hinter Globalisierung und Individualisierung zurück-, sondern über sie hinauszuwollen, in eine andere Globalisierung und Individualisierung. Deshalb ist das Verhältnis zur Migration zum strategischen Moment geworden. Dabei geht es nicht um Multikulti-Illusionen, sondern um die jetzt notwendige Erweiterung der Kampfzonen. Die Losung dafür ist: Alle, die hier sind, sind von hier. Aus ihr folgt alles Weitere.

Das Erbe von 1968 und die Zukunft linker Politik

Eine öffentliche Veranstaltung der SP-Bundeshausfraktion in Zusammenarbeit mit der SP60+

Mit Regula Stämpfli (Politologin), Thomas Seibert (Philosoph), Cédric Wermuth (Nationalrat) sowie Marianne de Mestral (Co-Präsidentin SP60+). Moderation: Min Li Marti (Nationalrätin und Journalistin).

Kino Movie 1, Seilerstrasse 4, Bern, Freitag, 18. Mai 2018, 20–21.45 Uhr, anschliessend Apéro, Eintritt frei.



Michael Sorg,
Co-General-
sekretär der
SP Schweiz

«Ein Gefühl des Aufbruchs und des Widerstands»

Die 68er-Bewegung war prägend für eine ganze Generation. Wohl nirgendwo lassen sich Vertreterinnen und Vertreter dieser Generation einfacher finden als an einer Versammlung der SP60+. Wir haben uns mit einigen Mitgliedern unterhalten und sie gefragt, was ihnen 68 bedeutet. Muriel Günther



Margret Kiener Nellen
Nationalrätin BE (war
1968 15 Jahre alt)

«Damals war ich Gymnastin, und was mir bis heute gut in Erinnerung ist: Wir haben Studierendenräte gegründet, Forderungen gestellt, sie durchgebracht und umgesetzt. Dieses Gefühl, etwas bewirken zu können, hat mich stark beeinflusst und mir Kraft fürs ganze Leben gegeben. Diese Kraft ist wach geblieben in mir – und hoffentlich ändert sich daran auch nichts mehr! Wenn ich mir also etwas wünschen könnte für die junge Generation, dann dass eine solche Bewegung wieder aufkommt und auch sie so prägt, wie mich die 68er geprägt haben.»



Rolf Zimmermann
(war 1968 13 Jahre alt)
«68 – das war ein gesellschaftspolitischer Aufbruch, aber auch eine starke Bewegung, die einen nicht unbeträchtlichen Teil der Jungen der sozialistischen Politik näher gebracht hat. Und ja, natürlich hat sie Auswirkungen bis heute! Ich bin ein Beispiel dafür, auch wenn ich jünger bin als der typische 68er. Trotzdem hat mich die Bewegung politisiert und sie hatte auch längerfristig Einfluss darauf, wo ich politisch gelandet bin.»



Marianne de Mestral
Co-Präsidentin SP60+
(war 1968 32 Jahre alt)

«Für mich ist die 68er-Bewegung eine Weiterführung dessen, was ich davor in den USA erlebt habe. Ich bin als junge Frau in die USA gegangen und habe dort die Auseinandersetzungen rund um die Aufhebung der Rassentrennung und den Vietnamkrieg erlebt. Das waren Proteste, die von unten kamen. Es war ein Gefühl des Aufbruchs, der Veränderbarkeit, des Widerstands. Und dann kam ich 1965 zurück in die Schweiz, konnte nicht abstimmen und nicht mal ein Bankkonto eröffnen! Ich bin mir vorgekommen wie ins Mittelalter zurückkatapultiert. Umso wichtiger war dann die Befreiung für mich, die durch die 68er-Bewegung für die Frauen kam.»



Bernhard Flückiger
(war 1968 23 Jahre alt)

«Die 68er-Bewegung ist ein wichtiger Teil meiner Biografie – obwohl das alles in Bern ja erst 1970 wirklich losging. Zumindest für mich als damaligen Studenten – hat die Bewegung stark an den Unis stattgefunden. Da gab es ganz wilde Aktionen wie die Besetzung des Sekretariats. Dass die Bewegung aber bis heute so wichtig ist, wie viele behaupten, glaube ich kaum. Denn seit den 70ern gab es ja auch viele andere Gruppierungen und Bewegungen, die prägend waren, wie etwa in Bern die Leute vom Gaskessel, von der Dampfzentrale und der Reitschule.»



Liselotte Lüscher
(war 1968 34 Jahre alt)

«In dieser Zeit war ich sehr aktiv in einer Berner Frauenaktionsgruppe, die sich kurz nach ihrer Gründung der Frauenfreiheitsbewegung (FBB) anschloss. Dort haben wir für viele Ziele gekämpft, die mittlerweile erreicht sind, für manche Diskussionen konnten wir den Anfang machen – und sie ziehen sich bis heute durch. Die alten Rollenmuster zum Beispiel – der Mann geht arbeiten und die Frau bleibt zuhause bei den Kindern –, die immer noch in der Gesellschaft verankert sind. Da denke ich mir manchmal schon, «schade, sind wir nicht weiter.»



Carlo Lepori
Co-Präsident SP60+
(war 1968 21 Jahre alt)

«Für mich wie für viele andere meiner Generation ist 68 eine Zeit, die mich stark politisiert hat. Die ganzen Machtverhältnisse wurden in Frage gestellt, und wir dachten, dass wir ganz schnell die ganze Welt ändern könnten. Wir hatten die Parole «Padroni, borghesi – ancora pochi mesi!» – «Bosse, Bürgerliche – euch bleiben nur noch wenige Monate!». Mittlerweile weiss ich natürlich, dass das alles etwas länger dauert als gedacht.»

Cui bono?

Vor einer Volksabstimmung stellen sich viele Fragen: Worum geht es? Was sind die Folgen? Was habe ich davon? Wie viel kostet es? Und nicht zuletzt: Wer profitiert davon? Doch gerade diese Frage ist nicht immer einfach zu beantworten. Sei es, weil angeblich alle etwas davon haben. Oder sei es, weil sich die wahren Profiteure lieber bedeckt halten. Dabei liesse sich einfach nachvollziehen, wer profitiert: «Follow the money». Wer sich finanziell für oder gegen eine Vorlage einsetzt, erhofft sich etwas davon. Warum sonst würden die Wirtschaftsverbände zweistellige Millionenbeträge für die USR III (zum Glück erfolglos) oder gegen 1:12 (leider erfolgreich) einsetzen?

Cui bono? Wem nützt es? Diese Frage ist vor einer Abstimmung hoch relevant. Aktuelles Beispiel gefällig? Das Referendum gegen das Geldspielgesetz wird nicht etwa von idealistischen Jungfreisinnigen geführt. Nein, koordiniert und vor allem bezahlt wird das Referendum von internationalen Casinobetreibern. Dass es Bwin, Interwetten, Pokerstars und Co. primär um ihre Profite und weniger um das freie Internet geht, ist für die Entscheidungsfindung nicht ganz unwichtig.

Doch genau diese Information – wer bezahlt, weil er profitiert? – fehlt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern normalerweise. In der Schweiz darf die Bevölkerung nicht wissen, wer Parteien und Kampagnen finanziert. Die Bürgerlichen haben im Parlament jede noch so zaghafte Vorlage für mehr Transparenz abgeblockt. Doch die Mauer des Schweigens bekommt Risse. Medien und Öffentlichkeit rütteln bereits daran – und mit unserer Transparenz-Initiative werden wir sie einreissen.

In einigen Kantonen ist die Mauer des Schweigens am 4. März bereits gefallen. Sensationell haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in Schwyz und Freiburg Initiativen der Juso zugestimmt, die Transparenz auf kantonaler Ebene bringen. Juso-Initiativen! Im konservativen Kanton Schwyz! Wenn es noch einen Beweis gebraucht hat, dass die Transparenz-Initiative mehrheitsfähig ist und auch bürgerliche Wählerinnen und Wähler wissen wollen, wie unsere Demokratie finanziert wird, dann ist er erbracht.

Cui bono? Wer profitiert, wenn die Politikfinanzierung öffentlich und transparent wird? Wir alle, die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die politischen Akteure – und nicht zuletzt unsere Demokratie.

JA ZUM GELDSPIELGESETZ

Sport, Kultur und AHV stärken

DAS NEUE GELDSPIELGESETZ STELLT DEN SCHUTZ VOR SPIELSUCHT, GELDWÄSCHE-REI UND BETRUG SICHER. ES GARANTIERT, DASS DIE ERTRÄGE AUS DEN GELDSPIELEN GEMEINNÜTZIGEN ZWECKEN UND DER AHV/IV ZUFLIESSEN. UND ES SIEHT WIRKUNGSVOLLE MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG DES ILLEGALEN GELDSPIELS VOR.

Geldspiel ist weltweit streng reguliert. Grund dafür sind Spielsucht, Geldwäscherei und Betrug. Das Geldspielgesetz verpflichtet die Spielanbieter zur Einhaltung von weitgehenden Auflagen. Neben diesen Schutzaufgaben schreibt der 2012 vom Volk deutlich angenommene Art. 106 BV vor, dass die Geldspielerträge grösstenteils gemeinnützigen Zwecken (Kultur, Sport, Soziales und AHV) zugute kommen. Dabei geht es um sehr viel Geld – jährlich knapp eine Milliarde Franken.

Scheinheilige Argumente der Gegner

Gegen das vom Parlament mit deutlichem Mehr verabschiedete Gesetz wurden gleichsam unter dem Deckmantel der Jungfreisinnigen und der Jungen SVP rund 60 000 Unterschriften gesammelt. Argumentiert wurde mit «Internetzensur» und «Protektionismus zugunsten der Schweizer Geldspielanbieter». Bald wurde aber publik, dass die Unterschriftensammlung von Online-Geldspielanbietern aus Malta und Gibraltar mit 500 000 Franken finanziert wurde.

Diese Offshore-Anbieter setzen sich seit über 15 Jahren über die Verbote in der Schweiz hinweg. Sie kassierten so bislang nahezu eine Milliarde Franken Spielerträge, ohne irgendwelche Auflagen einzuhalten oder in der Schweiz Abgaben und Steuern zu bezahlen.

Die Schweizer Behörden sind machtlos, weil sie in Malta und Gibraltar keine Möglichkeit zur Strafverfolgung haben.

Schutz wird ausgebaut

Das Geldspielgesetz sieht den Schutz vor dem Zugang zu Offshore-Geldspielangeboten vor. Zugriffe werden auf eine Stoppsite umgeleitet, wo darüber informiert wird, dass die betreffende Seite in der Schweiz nicht zugelassen ist und die vorgesehenen Schutz- und Abgabeauflagen nicht einhält. Diese Schutzmassnahme kann zwar umgangen werden; Erfahrungen aus dem Ausland zeigen aber, dass «Normal-User» den entsprechenden Aufwand scheuen. Siebzehn weitere europäische Staaten verwenden diesen Zugangsschutz bereits, und es kommen laufend weitere dazu.

Neben diesem Zugangsschutz verpflichtet das unter der Leitung von Bundesrätin Sommaruga ausgearbeitete Gesetz die Kantone und vor allem die zugelassenen Geldspielanbieter zu zahlreichen Sozialschutzmassnahmen. Der Schutz wird im neuen Gesetz erheblich ausgebaut und detailliert geregelt. Es handelt sich um eine der europaweit strengsten Schutzregulierungen. Die Kantone sichern die Finanzierung ihrer Präventionsaufgaben mit der Spielsuchtabgabe der Lotteriegesellschaften.

Kein Präzedenzfall

Beim Zugangsschutz handelt es sich nicht um einen Präzedenzfall für andere Bereiche. Das ist reine Angstmacherei der Gegner. Geldspiel ist nicht ein normales Gut wie Kleider, Schuhe oder Autoversicherungen. Die Gefahr von Spielsucht, Geldwäscherei und Betrug muss zur verfassungsmässig legitimierten Einschränkung und Regulierung des Geldspiels führen. Wenn im Hinterzimmer einer Bar ein illegales Spiellokal betrieben wird, dann ist für alle klar, dass die Behörden dieses Spiellokal schliessen müssen. Warum sollte dies in der digitalen Welt anders sein?

Corrado Pardini, Nationalrat BE

DARUM GEHT ES

Mit dem neuen Geldspielgesetz sollen Spielbankenspiele auch online angeboten und kleine Poker-Turniere auch ausserhalb von Spielbanken zugelassen werden. Im Gegenzug wird der Schutz verstärkt. So werden Bestimmungen gegen Sportwettkampfmanipulationen erlassen, die Veranstalter von Geldspielen neu dem Geldwäschereigesetz unterstellt und der Zugang zu ausländischen Online-Geldspielangeboten gesperrt. Wie bisher kommen die Erträge der AHV respektive der IV sowie gemeinnützigen Zwecken zugute.

NEIN ZUR VOLLGELD-INITIATIVE

Risikoreiches Experiment

DIE SP KANN SICH MIT DER ZIELSETZUNG DER VOLLGELD-INITIATIVE DURCHAUS IDENTIFIZIEREN. IHRE UMSETZUNG IST JEDOCH UNKLAR UND SIE WEIST INHALTLICH GRAVIERENDE MÄNGEL AUF.

Die Vollgeld-Initiative wurde vom Verein «Monetäre Modernisierung» eingereicht. Sie schlägt einen neuen Rahmen für das Geld- und Währungssystem in der Schweiz vor. Ein neuer Artikel der Bundesverfassung soll der Schweizerischen Nationalbank (SNB) das Monopol zur Ausgabe von Buchgeld übertragen. Die Geschäftsbanken könnten keine Kredite mehr gewähren, die wie heute durch Sichteinlagen (Kontokorrente) finanziert werden. Die Initiative sieht auch vor, dass die SNB Geld schuldfrei in Umlauf bringt, indem sie es direkt an die öffentlichen Haushalte und an die Bevölkerung verteilt. Schuldfrei bedeutet, dass die SNB im Gegenzug keine

Vermögenswerte wie Devisen, Gold oder Wertpapiere erwerben müsste.

Die SP kann sich mit der Zielsetzung der Initiative – der Stabilisierung des Banken- und Finanzsystems – durchaus identifizieren. Trotzdem hat die Delegiertenversammlung deutlich die Nein-Parole beschlossen. Bezüglich der Umsetzung bestehen viele Unklarheiten und die Initiative weist gravierende inhaltliche Mängel auf. Es handelt sich dabei um ein risikoreiches Experiment: Ein derartiger Systemwechsel ist noch nirgends vollzogen worden und seine Auswirkungen sind unmöglich abzuschätzen. Wahrscheinlich ist zum Beispiel eine Verlagerung von

Finanzgeschäften in den Bereich der sogenannten Schattenbanken. Gleichzeitig würden Macht und Unabhängigkeit der Schweizerischen Nationalbank ausgebaut. Die SP fordert aber genau das Gegenteil, nämlich eine stärkere demokratische Kontrolle der SNB-Politik. Zu bezweifeln ist auch, ob dank der Initiative Finanzkrisen verhindert werden könnten. Wenn die Schweiz ein solches System als einziges Land einführt, sind die Umgehungsmöglichkeiten nahezu unbegrenzt. Letztlich gaukelt die Initiative vor, mit der Einschränkung der privaten Geldschöpfung liessen sich die wesentlichen Probleme unseres Wirtschafts- und Finanzsystems lösen. Dabei würde die Umstellung gerade in Bezug auf die wachsende Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums gar nichts bewirken.

SPITEX – Die Hauspflege im Fokus der Medien und der Politik

DIE SPITEX-ORGANISATIONEN UND IHRE FÜHRUNG WAREN IN LETZTER ZEIT OFT THEMA VON NEGATIVEN MEDIENBERICHTEN. NUR SPÄRLICHE BEACHTUNG FAND JEDOCH DIE WICHTIGE ARBEIT DER SPITEX-ANGESTELLTEN. REGIOLINKS HAT SIE MIT SPITEX-MITARBEITERIN MARIANNE GAFNER-OESCH ZUM GESPRÄCH GETROFFEN. Interview: Hans-Jörg Rhyin

Regiolinks: Marianne, du wohnst in Bern und arbeitest als Krankenpflegerin FA/SRK in einer öffentlichen SPITEX-Organisation in der Region. Wie sieht dein beruflicher Alltag aus, was für Leute pflegst du?

Marianne Gafner-Oesch: Vor allem ältere, gebrechliche Personen. Ich helfe bei der Körperpflege, beim Aus- und Anziehen, inkl. Kompressionsstrümpfe, Schienen, Prothesen. Ich messe Blutdruck, Puls und Gewicht, kontrolliere die Einnahme von Medikamenten, mache Spritzen und wechsele Verbände.

Wie befriedigend ist diese Tätigkeit für dich? Welche Licht- und Schattenseiten hat dein Beruf?

Ich liebe die Arbeit bei der SPITEX von Herzen, gehe ich doch fast ständig zu jemandem «auf Besuch». Positiv zu vermerken ist die Dankbarkeit der Besuchten und dass die Pflegearbeit im fremden Haushalt mir Gelegenheit gibt, gut auf die Privatsphäre zu achten und so dem Patienten mehr Würde zu bewahren. Positiv ist auch die Zusammenarbeit im Team. Es ist das beste Team, das man sich vorstellen kann. Auch das Verhältnis zu den Vorgesetzten ist gut.

Negativ? Der Lohn ist tief, die Arbeit anstrengend und die Arbeitszeiten sind manchmal lang. Besonders bei geteilten Diensten, die am frühen Morgen beginnen und am späten Abend enden. Negativ für den Pflegeberuf ist auch die unterschiedliche Wertschätzung in der Öffentlichkeit: Was? Füdleputze? Zu diesem nicht angenehmen Teilbereich unserer Arbeit reichen die Meinungen von Abscheu bis Bewunderung. Der Lohn dafür entspricht eher der Geringschätzung...

Gegenwärtig sind im Pflegebereich gesamtschweizerisch 11000 Stellen nicht besetzt und 20 Prozent der Angestellten haben ihren Beruf bereits 5 Jahre nach der Ausbildung verlassen. Warum?

Unattraktive Arbeitszeiten, wenig Anerkennung, wenig Lohn und Konfrontation mit vielen schwierigen Lebenssituationen. Viele Pflegenden wirken ausgebrannt. Auch ich merke, dass in kürzerer Zeit mehr gearbeitet und häufiger Abenddienst geleistet werden muss.

Wer «aussteigt», hat meist zu spät erkannt, dass die Berufsaussichten sehr eingeschränkt sind. Und eine Lohnerhöhung habe ich in all meinen SPITEX-Jahren noch nie erhalten.



Gibt es auch eine psychische Belastung?

Ja klar! Belastend sind Bilder von jungen Menschen mit schweren, unheilbaren Krankheiten. Oder von Menschen in unwürdigen Verhältnissen, die an Vernachlässigung grenzen. Einmal erlebte ich körperliche Gewalt von einem Demenzkranken und war über lange Zeit sehr verunsichert.

Wie siehst du persönlich deine Zukunft in der Pflege?

In meinem Alter habe ich Erfahrung darin, mit Zeitdruck und Stress umzugehen und Vorhaltungen wegen Zeitüberschreitung zu ertragen. Ich kann mir deshalb vorstellen, bis zur Pensionierung in der SPITEX zu arbeiten. Dazu brauche ich einfach ab und zu eine Physio-Verordnung für den Rücken...

Private, profitorientierte SPITEX-Unternehmungen drängen auf den Gesundheitsmarkt und offenbar herrscht die Meinung, dass Private die Pflegeleistungen billiger erbringen können. Wie wird sich das auf dein berufliches Umfeld auswirken?

Man hört nichts Gutes. Vermutlich wird noch mehr Zeit- und Lohndruck kommen. Qualitätsvergleiche sind für mich schwierig. Von Privaten kommen aber Mitarbeitende und Klienten zurück zu uns. Das spricht doch eher für die öffentliche SPITEX.

Sind die SPITEX-Mitarbeitenden gut organisiert? Habt ihr eine Chance, euch solidarisch gegen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zur Wehr zu setzen?

Da bin ich nicht sicher. Seit wir neue Arbeitskleider haben, müssen wir diese privat waschen, mit nur kleiner Entschädigung. Eine Kollegin, sammelte Unterschriften um der GL mitzuteilen, dass wir das nicht möchten. Die GL forderte sie auf, dies sofort einzustellen.

Welche Wünsche und Forderungen hättest du persönlich in Bezug auf die künftigen beruflichen Rahmenbedingungen?

Drei Wünsche:

1. Mehr Lohn! Abwechslung haben wir genug.
2. Einführung eines reinen Abenddienst-Teams mit Leuten, die gerne geteilte Dienste leisten oder abends arbeiten wollen.
3. Arbeitskleider sollen wieder vom Arbeitgeber gewaschen werden.

Marianne Gafner-Oesch ist Mitglied des vpod, ein grosser YB-Fan und wählt rot-grün. Wir danken für die Bereitschaft zum Gespräch.

LUZERN WIEDER VORWÄRTS BRINGEN:

Jörg Meyer kandidiert für den Regierungsrat

WIR WOLLEN DEN SITZ IN DER LUZERNER REGIERUNG ZURÜCKGEWINNEN.
DIE PARTEILEITUNG SCHLÄGT JÖRG MEYER ALS KANDIDATEN VOR.



Sebastian Dissler,
Parteisekretär
SP Kanton Luzern

Nach einem intensiven Personalfindungsprozess konnten wir am 18. April 2018 die Kandidatur von Kantonsrat Jörg Meyer präsentieren. Er ist nicht nur eine erfahrene Führungspersönlichkeit. Jörg wirkt als Brückenbauer über die Parteigrenzen hinweg.

Alt Kantonsratspräsidentin Trix Dettling vertrat an der Medienkonferenz die eigens eingesetzte Findungskommission der Partei. Die interessierten Personen seien mehrmals mit der Findungskommission zusammgekommen, um gemeinsam das Profil der gesuchten Führungspersönlichkeit zu schärfen und zu präzisieren. «Am Ende dieses Prozesses stand die bestens qualifizierte und unbestrittene Kandidatur von Jörg Meyer», so Trix Dettling.

Jörg Meyer selber wies auf seine tiefe Verbundenheit mit Land und Leuten hin: «Die Menschen und die Zukunft des Kantons liegen mir sehr am Herzen. Politiker bin ich, weil ich nicht einfach zuschauen, sondern mitgestalten will. Luzernerinnen und Luzerner sollen wieder stolz sein können auf ihren

Kanton. Dafür setze ich mich mit Kraft und Leidenschaft ein.»

Die Bekanntgabe von Jörgs Kandidatur wurde in den Medien positiv aufgenommen. Die «Luzerner Zeitung» schrieb von einer «guten Wahl» und hob insbesondere Jörgs Kompetenzen im Gesundheits- und Finanzbereich hervor. Stefan Calivers bezeichnete die frühe Bekanntgabe der Kandidatur im

«Willisauer Boten» als «kluger Schachzug»: «Die SP demonstriert damit nach innen Einigkeit und nach aussen Entschlossenheit, ihren bei den letzten Wahlen 2015 verlorenen Regierungssitz zurückzuholen.»

Definitiv wird der Parteitag vom 15. September 2018 entscheiden. Natürlich haben bis dann auch noch weitere Personen das Recht, ihre Kandidatur einzureichen.

KOMMENTAR: LOS GEHT'S!

Es hatte etwas Elektrisierendes. Am Ende eines langen Prozesses präsentierten wir am 18. April den Vorschlag der Geschäftsleitung für die Regierungsratswahlen – gespannt, wie die Öffentlichkeit, die Medien und vor allem die Partei reagieren würden.

In einem äusserst breiten Auswahlverfahren wurden über 40 mögliche KandidatInnen angefragt und deren Interessenslage abgeklärt. Für diese grosse Arbeit möchte ich der Personalkommission, bestehend aus Trix Dettling, Walter Troxler und Ursula Stämmer, ganz herzlich danken. Genauso wie allen InteressentInnen, die sich in diesen Prozess begeben haben.

Die positiven Reaktionen von allen Seiten gaben jetzt die Bestätigung, dass wir die richtige Strategie gewählt haben. Die frühe Kommunikation setzt unsere Konkurrenz unter Druck und gibt uns gleichzeitig die Möglichkeit, Jörg Meyer über eine lange Zeitspanne im ganzen Kanton bekannt zu machen.

Ich habe Jörg Meyer als Person schätzen gelernt, die eine klare Meinung hat, mit dieser nicht zurückhält, aber genauso an der Meinung des Gegenübers und am Schluss an der gemeinsamen Lösung interessiert ist. Mit seiner Hartnäckigkeit und Biss bringt er zudem die richtigen Eigenschaften mit für diesen anspruchsvollen Wahlkampf.

Wir können diese Wahlen nur gemeinsam gewinnen. Jörg und alle Kandidierenden für den Kantonsrat, brauchen in den nächsten 12 Monaten unsere volle Unterstützung, um gemeinsam Luzern zu verändern.

David Roth, Präsident SP Kanton Luzern



Vorsicht Abbaufalle!

STEUERSenkungen für Unternehmen, Gutverdiener und Grosserben – Abbau bei Sozialleistungen, Schutz vor Ausbeutung und Service Public. Während die Abbaufalle in Baselland längst zugeschnappt hat, muss Basel-Stadt zusehen, nicht ohne Not hineinzugeraten.

In Baselland längst zugeschnappt

Im Baselbiet waren die Finanzdirektion, der Landrat und die Regierung in den letzten Jahrzehnten fest in bürgerlicher Hand. Unter dieser Führung spitzte sich die finanzielle Lage des Kantons zu. Bis 1990 konnte ein kontinuierliches Wachstum in der Erfolgsrechnung verzeichnet werden. Danach entschleunigte sich dies und ab 2000 kehrte der Trend vollends. Diese Entwicklung widerspiegelt verschiedene steuerpolitische Massnahmen der letzten 15 Jahre. Der erste grosse Einbruch folgte auf die Abschaffung der Erbschaftsteuer für direkte Nachkommen im Jahr 2000 und die Steuerpakete 1, 2 und 3 von 2001. Darauf folgten elf weitere fiskalpolitische Massnahmen, die praktisch alle zu Einnahmeausfällen des Kantons führten. Mit Ausnahme der Steuergesetzrevision von 2006, die eine erfreuliche Minderbelastung von 40 Mio. CHF für tiefere Einkommen brachte, wirkten sich die anderen Steuergesetzrevisionen vornehmlich zugunsten der Unternehmen und Grosserben aus.

Politisch gewollt

Die von insgesamt 180 Mio. CHF pro Jahr ausgewiesenen Einnahmever-



Samira Marti,
Vizepräsidentin SP BL



Livia Diem,
Parteisekretärin SP BS

luste decken sich ziemlich genau mit den wiederholten Spar- und Abbaupaketen und entlarven deshalb diese Politik als das, was sie ist: Ein politisch gewolltes, neoliberales Projekt der Steuersenkungen und des Abbaus des Staates und des Service Public. Die Auswirkungen äussern sich drastisch sichtbar bei einer Bilanz der kantonalen Investitionen. 2005 brachen diese unter dem Spardruck regelrecht ein.

Das Baselbiet steht mit dieser Entwicklung nicht alleine da. Die allermeisten Kantone und Gemeinden werden heute überrollt von Abbaumassnahmen in den Bereichen Bildung, Soziales, Kultur und öffentlicher Verkehr. Doch wie im Baselbiet ist dieses Aushungern des Staates und somit des Öffentlichen und des politisch Verhandelbaren kein Zufall, sondern menschengemacht. Nur mit linken Mehrheiten kann diese Entwicklung aufgehalten werden.

Soziales Basel erhalten

Basel-Stadt ist dabei ein wichtiger Gegenentwurf. Seit mehr als zehn Jahren schrieb der Kanton jedes Jahr unter rot-grüner Regierungsmehrheit grosse Überschüsse. Aber auch Basel-Stadt ist nicht vor der

Ideologie des schlankestmöglichen Staates und der sinkenden Steuern gefeit. Trotz erneuter Überschüsse fordern die bürgerlichen Parteien im Stadtkanton eine pauschale Ausgabenbremse für 2019. Im Grossen Rat haben sie ein Budgetpostulat der GLP zur Einfrierung der Ausgaben durchgedrückt. Weil aber im Bildungs- und im Gesundheitswesen die Kosten durch das Bevölkerungswachstum automatisch ansteigen, müssen diese nun andernorts eingespart werden. So muss der Kanton ohne jede Not Abbauprogramme aufgleisen. Die Befürchtung liegt nahe, dass diese den sozialen Bereich betreffen werden. Die SP Basel-Stadt hat deswegen eine Petition zum Erhalt des sozialen Basels lanciert, welche drei Basler Errungenschaften in den Vordergrund stellt: Die seit Jahren an die Teuerung angepassten Prämienverbilligungen, die EL-Beihilfen zu AHV und IV sowie die Familienmietzinsbeiträge.

Egal, an welchem Punkt die Kantone stehen: Sowohl in Baselland als auch in Basel-Stadt ist eine starke SP nötig, die sich konsequent gegen das Mantra der bürgerlichen Abbauideologie wehrt und für den Erhalt und (Wieder-)Ausbau des sozialen Ausgleichs und Friedens einsetzt.

REPLIK

Nein zu den Kampfjet-Milliarden!

DIE «REFORMORIENTIERTE PLATTFORM» FORDERT IN IHREM POSITIONSPAPIER «ÖFFENTLICHE SICHERHEIT» UNTER ANDEREM 30 NEUE KAMPFJETTS UND EINE ANNÄHERUNG AN DIE NATO. ES SPRECHEN WENIGE ARGUMENTE FÜR EINEN SOLCH RADIKALEN SICHERHEITSPOLITISCHEN KURSWECHSEL DER SP.

Acht Milliarden möchte der Bundesrat bis 2030 in neue Kampfjets und Boden-Luft-Raketen investieren – das teuerste Rüstungsgeschäft der Schweizer Geschichte. Die «Reformorientierte Plattform», der auch prominente SP-Exponentinnen und -Exponenten angehören, nahm in ihrem im Januar vorgestellten Positionspapier diesen Plan zu einem grossen Teil bereits vorweg.

Luftpolizei ja – aber keine Luxuslösung

Acht Milliarden Franken Beschaffungskosten bedeuten erfahrungsgemäss Kosten über die gesamte Lebensdauer der Waffensysteme von rund 24 Milliarden. Diese gewaltige Geldsumme wird unter anderem im Bildungs- und Gesundheitswesen, bei der sozialen Sicherheit und dem öffentlichen Verkehr fehlen.

Niemand stellt die Notwendigkeit einer gut ausgerüsteten Luftpolizei in Frage. Die Schweiz muss in der Lage sein, verirrte Amateurpiloten zu einem Flugplatz zu begleiten oder Luftfahrzeuge fremder Staaten zu identifizieren. Es braucht jedoch nicht 30 Kampfjets für diese Aufgabe. Die heutigen F/A-18 können diesen Dienst noch bis mindestens 2035 gut erfüllen. Danach reicht ein gutes Dutzend Abfangjäger für den Luftpolizeidienst aus. Mehr Flugzeuge braucht es nur, wenn man mit unrealistischen Kalter-Krieg-Szenarien rechnet, in denen während Wochen mehrere Kampfjets gleichzeitig in der Luft sein müssen.

In Deutschland gewährleisten zwei sogenannte Alarmrotten à zwei Kampfjets den luftpolizeilichen Bereitschaftsdienst für das gesamte Bundesgebiet. Auch wenn man zusätzliche Kampfjets für das Training, die Wartung und die Instandhaltung mitrechnet, sind 30 Kampfflugzeuge mindestens doppelt so viel, wie die Schweiz tatsächlich benötigt.



Angelo Barrile, Hausarzt, Nationalrat ZH

Internationale Zusammenarbeit ja – aber keine militärischen Abenteuer

Die «Reformorientierte Plattform» fordert eine intensivere Kooperation mit der Nato. Gemäss den jährlichen Sicherheitsumfragen der ETH will die grosse Mehrheit der Schweizer Bevölkerung, dass sich die Schweiz international engagiert und mit-hilft, Konflikte möglichst friedlich beizulegen. Militärische Auslandabenteuer oder eine Annäherung an die Nato jedoch sind ausgesprochen unpopulär.

Spätestens seit dem Irak-Krieg sollte offenkundig sein, dass es illusorisch ist, Friede und Freiheit mit Waffengewalt zu verbreiten. Und gerade die Schweiz hat der Welt in Sa-

chen Friedensförderung Besseres zu bieten als ihre Armee. Es gibt keinen Grund, warum wir das als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten anders sehen sollten. Unsere Solidarität kommt ohne Sturmgewehr aus.

Cybersicherheit ja – aber mit Sachverstand

Unbekannte Hacker sind vor rund zwei Jahren in die IT-Systeme der bundeseigenen Rüstungsfirma Ruag eingedrungen und haben während Monaten Daten kopiert. Erst dank dem Tipp eines ausländischen Nachrichtendienstes konnte das Leck gefunden und geschlossen werden. Es besteht kein Zweifel, dass die Schweiz einen dringenden und grossen Nachholbedarf im Bereich Cybersicherheit hat. Es ist unverständlich, dass sich die bürgerlichen Parteien bisher aus Spargründen weigern, in diesem Bereich Verantwortung zu übernehmen.

Unverständlich ist auch, warum gerade Politikerinnen und Politiker aus dem Dunstkreis der «Reformorientierten Plattform» den Einsatz von sogenannten Staatstrojanern fordern. Staatstrojaner nutzen bisher noch nicht bekannte Software-Lücken aus. Indem der Staat solche Trojaner kauft, finanziert er Cyber-Kriminelle, welche die Software-Lücken zu Geld machen. Würden diese stattdessen dem Hersteller der entsprechenden Software gemeldet, würde die Sicherheit für alle gesteigert.

Es ist offenkundig, dass die Exponentinnen und Exponenten der «Reformorientierten Plattform» um Stimmen in der politischen Mitte buhlen. Das ist legitim, denn viele von ihnen kämpfen in Majorzwahlen um Exekutivämter. Es ist jedoch fraglich, ob sich genau diejenigen bürgerlichen Wählerinnen und Wähler, die beim Gripen mit uns Nein gestimmt haben, von solchen Avancen überzeugen lassen.



Plakat zur Gripen-Abstimmung 2014.



AUSZÜGE AUS DEM NEUEN DENKNETZ-BUCH «MARXNOMARX»

Dass in der marxistischen Analyse lediglich ökonomische und insbesondere produktive Faktoren als konstitutiv für die Einteilung der Gesellschaft in Klassen anerkannt werden, hat weitreichende Konsequenzen. Denn in diesem Erklärungsmodell wird die unterschiedliche Stellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft nicht genauer untersucht, und die Care-Arbeit fällt weitgehend unter den Tisch. Dies verleitet dann zur Annahme, die Frauenfrage werde sich automatisch erledigen, wenn erst einmal die Klassenfrage gelöst ist. Das, ich gebe es zu, nehme ich Marx und vielen seiner RezensentInnen übel.

Lilian Fankhauser ist Co-Leiterin der Abteilung für Gleichstellung der Universität Bern und Vorstandsmitglied beim feministischen Netzwerk WIDE Switzerland

Marx war die Freiheit wichtiger als die Verteilungsgerechtigkeit. Wo es indes um die Verteilung von Privilegien, von politischer und ökonomischer Macht geht, steht in der Regel die Freiheit der Unterprivilegierten auf dem Spiel. Wenn eine künftige Politik sich dereinst von ihrer Funktion als fügsames Instrument partikularer Interessen emanzipiert haben wird, wird sie sich erneut ihrer Aufgabe als Hüterin der Freiheit widmen können – einer Freiheit für alle.

Urs Marti-Brander war bis zu seiner Emeritierung im August 2017 Professor für Politische Philosophie an der Universität Zürich

Im Folgenden werde ich dafür argumentieren, dass eine auch für den Feminismus entscheidende Einsicht von Marx' Kapitalismusanalyse darin liegt, dass sie auf soziale Widersprüche aufmerksam macht. Gesellschaftliche und persönliche Widersprüche zu erkennen und zu politisieren, ist demnach der erste Schritt zu einer emanzipatorischen Veränderung der Gesellschaft. Das aber gelingt nur, wenn Marx' Denken mit feministischen Theorien der Intersektionalität erweitert wird, in denen die Verschränkung von Heterosexismus, Rassismus, Kapitalismus und Nationalismus und deren Niederschlag im konkreten Leben der einzelnen Menschen untersucht werden.

Katrin Meyer lehrt Philosophie und Gender Studies an den Universitäten Zürich und Basel und ist Geschäftsführerin des Think Tank Gender & Diversity

Was Marx hier anspricht, ist für die Linke auch heutzutage entscheidend. Potenziell transformatorische Prozesse können nur dann erfolgreich, sprich dauerhaft sein, wenn sie politisch abgesichert werden. Dazu braucht es einen alternativen, einen postkapitalistischen «dominanten Modus» gesellschaftlicher Entwicklung. Ansonsten laufen emanzipatorische Impulse fortwährend Gefahr, kapitalistisch vereinnahmt zu werden und auf neue Weise ausbeuterisch und exkludierend zu wirken.

Pascal Zwicky ist Projektleiter Themenmanagement auf dem SP-Zentralsekretariat

MarxnoMarx

IM NEUEN DENKNETZ-BUCH ÄUSSERN SICH 32 PROMINENTE LINKE ZUR FRAGE, WIE DAS WERK VON MARX HEUTE FRUCHTBAR GEMACHT WERDEN KANN.

Am 5. Mai 2018 würde Karl Marx seinen 200. Geburtstag feiern. Das Werk von Karl Marx ist zweifellos immer noch eine wichtige Referenz zu Kapitalismuskritik und zu Grundfragen linker Politik. Etwa für die Frage, ob eine Überwindung des Kapitalismus auch 170 Jahre nach der Publikation des «Kommunistischen Manifests» das Ziel sein soll und, wenn ja, wie sie erreicht wird und was danach folgt.

Für Cédric Wermuth und Beat Ringger ist der Geburtstag Anlass, um mit einem Buch zu erkunden, wie es linke Frauen und Männer aus der Schweiz mit Marx halten. Wo kann ihrer Meinung nach mit Marx weitergedacht werden, wo nicht? Woran reiben sie sich bei Marx, worüber regen sie sich auf, was halten sie für überholt oder weiterhin unverzichtbar?

Das Buch wird vom Denknetz herausgegeben in der Absicht, damit einen Beitrag zu leisten für grundlegende gesellschaftspolitische Debatten über die Grenzen einzelner Organisationen und Parteien hinaus. 32 Personen haben einen Beitrag zum Buch beigesteuert: Vania Alleva, Susan Boos, Rolf Bosshart, Florian Butollo, Lilian Fankhauser, Tamara Funciello, Balthasar Glättli, Roland Herzog, Christoph Jünke, Karin Meyer, Margret Kienner Nellen, Jo Lang, Ueli Mäder, Min Li Marti, Urs Marti, Karl Müller Bahlke, Oliver Nachtwey, Line Rennwald, Andreas Rieger, Beat Ringger, Regula Rytz, Hans Schäppi, Holger Schatz, Sarah Schilliger, Avji Simorglu, Peter Steckeisen, Naima Tiné, Cédric Wermuth, Yann Wermuth, Rebekka Wyler, Adrian Zimmermann, Pascal Zwicky.

Dein Workshop/Deine Veranstaltung zu Marx

Hast du eine Idee für einen Workshop oder eine Veranstaltung in deiner Region? Die Herausgebenden sind gerne bereit, an Workshops und Veranstaltungen zum Buch und seinen Fragestellungen teilzunehmen und dafür auch weitere BuchautorInnen anzufragen. Kontakt: marx@denknetz.ch

TALON



Cédric Wermuth, Beat Ringger (Hrsg.)

MarxnoMarx

Ca. 240 Seiten, CHF 23.– / für Denknetz-Mitglieder kostenlos, erscheint Anfang Juni 2018. Das Buch kann vorbestellt werden mit dem Talon oder mit einem E-Mail an marx@denknetz.ch (Angabe der Postadresse nicht vergessen). Mitglieder des Denknetzes erhalten ein Exemplar kostenfrei per Post nach Hause geschickt und müssen es nicht bestellen. Wer jetzt dem Denknetz beiträgt, erhält das Buch kostenlos als Willkommensgeschenk.

- Ich trete dem Denknetz bei und erhalte das Buch MarxnoMarx als Willkommensgeschenk (Mitgliederbeitrag 100.– für Normalverdienende, 40.– für Nicht- und Geringverdienende)
- Ich bestelle _____ Expl. des Buches MarxnoMarx für je 23.–

Vorname, Name: _____

Strasse: _____

PLZ, Ort: _____

Einsenden an Denknetz, Postfach, 8036 Zürich oder ein E-Mail mit den entsprechenden Angaben schicken an info@denknetz.ch.

Die Identifikation der Französischen Revolution und – mindestens indirekt – der Demokratie mit Bourgeoisie und Kapitalismus ist einer der Gründe, warum Marx trotz einer konsequenten Praxis unfähig war, eine kohärente Demokratie-Theorie zu begründen. Vor allem hinderte ihn die Fehlinterpretation, die demokratischen Errungenschaften, die auch die seinen waren, zu einem zivilisatorischen, universell gültigen Fortschritt zu erklären, hinter den der Sozialismus unter keinen Umständen zurückfallen durfte.

Jo Lang ist Historiker und ehemaliger Nationalrat Grüne

Ist das Kapital weiterhin auf den Nationalstaat angewiesen, oder auch auf überstaatliche Zusammenschlüsse? Die Freizügigkeit des Kapitals war schon immer eher gewährleistet als diejenige der Personen, und grosse Teile des Kapitals weisen kaum mehr nationalstaatliche Bindungen auf. Gleichzeitig ist auch der digitale Kapitalismus weiterhin auf die öffentliche Hand angewiesen, beispielsweise zur Durchsetzung von Eigentumsrechten. Was bedeutet dies für den europäischen Integrationsprozess?

Rebekka Wyler ist Historikerin und Co-Generalsekretärin der SP Schweiz

Die aktuellen Entwicklungen zeigen: Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ist untrennbar mit Verteilungsgerechtigkeit und der Überwindung von Wachstumszwang verknüpft. Im Zentrum der Veränderung können dabei nicht mechanistische Rezepte aus dem 19. Jahrhundert stehen. Sondern das gemeinsame Handeln von zivilgesellschaftlichen Bewegungen, NGOs, progressiven Unternehmen, Gewerkschaften, WissenschaftlerInnen, Verbänden, Parteien und internationalen Organisationen. Wir stecken mitten in der Epochenaufgabe der ökosozialen Transformation. Es eilt.

Regula Rytz ist Nationalrätin und Präsidentin der Grünen

Nichts beschädigt das Erbe von Marx mehr als diese quasireligiöse Überhöhung von Marx, dem man unterstellt, kraft seiner beinahe überirdischen Intelligenz alles richtig bedacht zu haben, und den es jetzt nur noch korrekt zu interpretieren gelte. (...) Solcher Marx- und Anti-Marx-Dogmatismus beweist nichts ausser dem enormen Bedarf nach der Autorität von unantastbaren Wahrheitsquellen, die vor der intellektuellen Einsamkeit, vor einem Denken ohne Sicherheitsnetze schützen sollen.

Beat Ringger ist geschäftsleitender Sekretär des Denknetzes, Cédric Wermuth ist Nationalrat und Vizepräsident der SP-Fraktion

SP-BILDUNGSTAGUNG

Chancengerechtigkeit ins Zentrum!

IN FINNISCHEM STACCATO PRIES JUKKA GUSTAFSSON, DER SOZIALDEMOKRATISCHE ABGEORDNETE UND EHEMALIGE BILDUNGSMINISTER FINNLANDS, CHANCENGERECHTIGKEIT, SOZIALKOMPETENZ UND ZAHLBARE TAGESSTRUKTUREN. RUND 100 BILDUNGSSPEZIALISTINNEN UND -SPEZIALISTEN HÖRTEN DEN SIMULTAN ÜBERSETZTEN WORTEN ZU. SIE MARKIERTEN DEN START EINER SPANNENDEN SP-BILDUNGSTAGUNG.

Klar und ohne zu zaudern – Jukka Gustafsson spricht so, wie er Fussball spielt. Fussball ist denn auch der Grund, weshalb Jukka Gustafsson für die SP-Bildungstagung in die Schweiz gekommen ist. Am letzten europäischen Parlamentarturnier in Hamburg fragten Mathias Reynard und ich den ehemaligen Bildungsminister, ob er an einer Bildungstagung der SP teilnehmen würde. Er sagte sofort zu.



Matthias Aebischer,
Nationalrat BE

Sie legte auch dar, dass unser Bildungssystem auf Defizite ausgelegt ist, anstatt dass mit einer Kultur des positiven Blicks das Selbstvertrauen der Kinder gestärkt würde. Besonders wichtig sind die Übergänge: vom Kindergarten zur Schule, aber auch von der Primarschule in nachfolgende Stufen. Neben den Inputreferaten von Marianne Zogmal, Vizepräsidentin von Pro Enfance, Georges Felouzis, Professor für Soziologie, und Samuel Rohrbach, dem Präsidenten des Syndicat des Enseignants Romands (SER), sprach die Neuenburger Regierungsrätin Monika Maire-Hefti über den positiven Einfluss kostenloser Tagesschulen und Kindertagesstätten auf die Entwicklung der Kinder, eine grössere Chancengerechtigkeit und auf eine bessere und schnellere Integration.

Die Mär von der Chancengerechtigkeit

Der Titel der Tagung, «Die Mär von der Chancengerechtigkeit», kam nicht von ungefähr. Gerade im Vergleich mit Finnland hat die Schweiz im Bereich der Chancengerechtigkeit noch viel zu tun. Mit der Ratifizierung der UNO-Kinderrechtskonvention hat sich die Schweiz zwar verpflichtet, alle verfügbaren Mittel auszuschöpfen, um die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte aller Kinder wahrzunehmen, und das vom ersten Lebenstag an. Doch wie gut löst die Schweiz dieses Versprechen ein? Wo besteht Handlungsbedarf? Und was können wir bei den Bildungssystemen anderer Länder abschauen? Diesen Fragen gingen die Teilnehmenden in vier Workshops auf den Grund und formulierten konkrete Forderungen für mehr Chancengerechtigkeit.

Auf Defizite ausgelegt

Expertinnen und Experten präsentierten an der Tagung ihre Einschätzungen, Forschungsergebnisse und Ideen und diskutierten diese mit den Teilnehmenden. Die Professorin für Erziehungswissenschaften, Margrit Stamm, zeigte auf, welchen selektionierenden Einfluss die Herkunft der Eltern noch heute auf die Bildungs- und Berufschancen hat.

Unser Bildungssystem ist auf Defizite ausgelegt.

Chancengerechtigkeit ins Zentrum

In den Workshops formulierten die Teilnehmenden zentrale Massnahmen und Ziele:

1. Das Anrecht jedes Kindes auf einen bedürfnisgerechten Betreuungsplatz von hoher Qualität.
2. Eine Kommunikationsoffensive zu den positiven Effekten von Tagesstrukturen.
3. Das Ziel, Tagesschulen zum Standard zu erklären.
4. Die Stärkung der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte.
5. Die Vermeidung einer Selektion vor Ende der obligatorischen Schulzeit.

Bei all diesen Massnahmen geht es immer um das Gleiche: Die Chancengerechtigkeit muss im Zentrum unseres Bildungssystems stehen. Für alle Kinder und auf allen Stufen. Chancengerechtigkeit ist eine der zentralen sozialpolitischen Forderungen unserer Zeit. Es geht um faire Chancen zur Überwindung von Nachteilen und zur Förderung von Potenzialen, wie Margrit Stamm darlegte.



EURE IDEEN SIND GEFRAGT!

Die Bildungstagung bildet den Auftakt zu einer SP-Offensive zugunsten der Chancengerechtigkeit. Mit offiziellen Forderungen und Vorstössen auf nationaler, aber auch auf kantonaler Ebene geht es weiter. Wir laden euch dazu ein, euch an dieser Diskussion zu beteiligen und Ideen einzubringen. Beispiele von erfolgreichen Projekten oder Massnahmen auf kantonaler oder kommunaler Ebene rund um das Thema Chancengerechtigkeit und frühe Förderung nehmen wir gerne entgegen mit dem Ziel, diese auch anderen zugänglich zu machen. Bitte schicken an: chantal.gahlinger@spschweiz.ch

Infokampagne zum Landesstreik



Seit dem 5. März läuft die Infokampagne zum 100-Jahr-Jubiläum des Landesstreiks. Auf unserer Webseite www.landesstreik1918.ch informieren wir wöchentlich über die historischen Ereignisse und aktuelle Zusammenhänge. Wir lassen Menschen zu Wort kommen, die sich intensiv mit dem Landesstreik auseinandergesetzt haben, und schlagen die Brücke ins Jahr 2018.

Zum Beispiel im Gespräch mit der Autorin Anna Sutter (19) über den Zusammenhang des Landesstreiks mit Feminismus und Geschichtsschreibung. Die junge Bernerin hat ein Theaterstück zum Thema geschrieben. Hier ein kleiner Auszug daraus:

Anna Sutter, in den Quellen, die du während deiner Recherche gelesen hast, kommen fast nur Männer vor. Deine Hauptfigur Ida ist aber eine junge, sehr charismatische und selbstbestimmte Frau. Weshalb?

Das stand sehr früh fest. Ich habe mich darüber genervt, dass es in der Geschichtsschreibung hauptsächlich um Männer geht – auch bei meiner Maturaarbeit. Irgendwie hatte ich das satt und ich dachte, es wäre schön, eine Frau ins Zentrum der Geschichte zu stellen. Diese Frauen hat es auf jeden Fall auch gegeben! Sie sind einfach weniger in die Geschichtsbücher eingegangen, weil die Geschichte meist nur von Männern geschrieben wurde. Ich wollte damit ein Gegengewicht setzen.

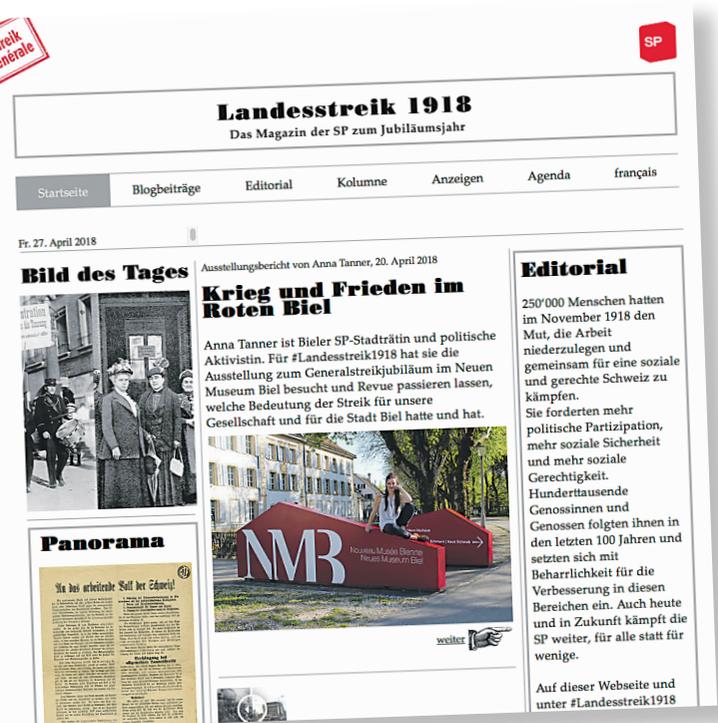
Wer inspiriert dich für deine Arbeit?

Laurie Penny ist für mich eine wichtige Figur, seit ich mich mit dem Thema Feminismus auseinandersetze. Sie schreibt realitätsnahe Texte, die viele Aspekte abdecken, was Feminismus heute kann. Penny schreibt viel über die Frage, wie und von wem Geschichten geschrieben werden. Wer ist



Gisela Nyfeler, Projektleiterin Landesstreik

#Landesstreik
#GrèveGénérale



überhaupt berechtigt dazu, Geschichten zu erzählen? Wer soll Geschichten schreiben, die an das breite Publikum gerichtet sind? Mir ist es ein Anliegen zu zeigen, dass wir eine sehr lange Zeit hinter uns haben, in welcher Frauen diese Möglichkeit nicht hatten. Nun ist es wichtig, das zu ändern!

Das ganze Gespräch kann auf www.landesstreik1918.ch nachgelesen werden.

Die Jusos hat im März 2018 neue 9 Forderungen beschlossen. Wir fragen nach, weshalb.

Generalstreik reloaded – das sind die 9 Forderungen der JUZO

1. 25-Stunden-Woche
2. Volkspension
3. Ökologischen Fussabdruck unter 1 Erde reduzieren
4. Abschaffung der Armee
5. Gratis Bildungs- und Gesundheitswesen
6. Boden verstaatlichen
7. Frauen*quoten in Politik und Wirtschaft
8. Staatsbürger*innenschaft für alle
9. Erbschaftssteuer: Steuersatz 100%

Auf der Webseite lassen wir Expertinnen und Experten in einer verständlichen Sprache erzählen, was im Jahr 1918 passiert ist.

Und wir twittern unter dem Hashtag #Landesstreik1918 und sind auf Facebook aktiv.



Wir haben ein Bildungsmodul erstellt, das in den Sektionen an den Mitgliederversammlungen eingesetzt werden kann.

In der Agenda weisen wir auf aktuelle Ausstellungen, Kulturprojekte und Politveranstaltungen aus den Sektionen und Regionen hin.

Hast du etwas, das auf die Webseite sollte? Dann schreib uns: landesstreik@spschweiz.ch

TERMIN VORMERKEN!

Am 10. November findet ein grosser Anlass zum 100-Jahr-Jubiläum des Landesstreiks in der alten SBB-Werkhalle beim Bahnhof Olten statt. Beginn: 14 Uhr. Der Anlass wird organisiert von der SP Schweiz in Zusammenarbeit mit dem SGB und der Robert-Grimm-Gesellschaft. Weitere Infos zum Anlass folgen an dieser Stelle und auf unserer Webseite www.landesstreik1918.ch

Tagung SP Schweiz «Rolle des Islams in der Schweiz»

Samstag, 16. Juni 2018, 10.15 – 16.45, Haus der Religionen,
Europaplatz 1, 3008 Bern

Seit einigen Jahren werden zahlreiche Aspekte rund um die Rolle des Islams in der Schweiz diskutiert. Mit einer breit angelegten Tagung unter Einbezug der Musliminnen und Muslime in der Schweiz will die SP Schweiz eine sachliche Debatte führen. Mit Inputreferaten, Podiumsdiskussionen und Workshops werden wir verschiedene Aspekte der Rolle des Islams in der Schweiz vertieft diskutieren.

U. a. mit Christian Levrat, Präsident SP Schweiz/Ständerat FR; Prof. Dr. Reinhard Schulze, Islamwissenschaftler, Direktor Forum Islam und Naher Osten Universität Bern, Elham Manea, Privatdozentin für Politikwissenschaften Universität Zürich, Nadine Masshardt, Vize-Präsidentin SP-Fraktion, Nationalrätin BE; Cédric Wermuth, Vize-Präsident SP-Fraktion, Nationalrat AG; Mattea Meyer, Nationalrätin ZH; Mustafa Atici, Präsident SP-Migrant/innen, Grossrat BS; Natascha Wey, Co-Präsidentin SP Frauen* Schweiz.

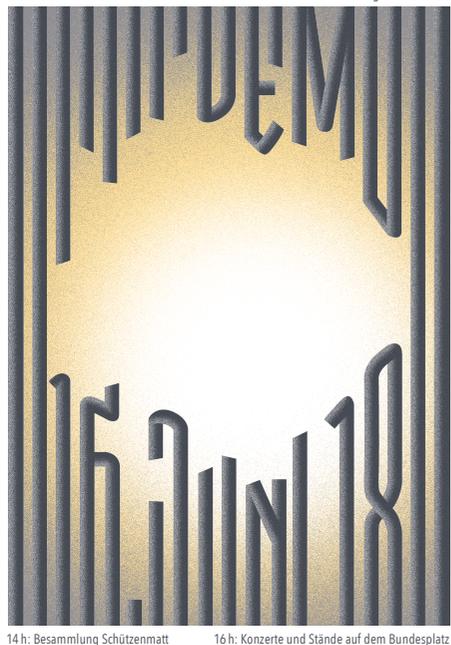
Detaillierte Einladung unter
www.spschweiz.ch/islamtagung

Anmeldungen bis am 7. Juni an events@spschweiz.ch,
die Teilnahme ist kostenlos.

Zwischen uns keine Grenzen! Demonstration vom 16. Juni 2018 in Bern

Am 16. Juni rufen über 50 Organisationen zu der überregionalen Demo «Zwischen uns keine Grenzen» auf. Antirassismus muss den repressiven und ausländerfeindlichen Tendenzen die Stirn bieten, von der zwischenmenschlichen bis auf die internationale Ebene!

Demo «Zwischen uns keine Grenzen» Bern Samstag 16. Juni 2018



14 h: Besammlung Schützenmatt 16 h: Konzerte und Stände auf dem Bundesplatz

13. SP-PLAUSCH-FUSSBALLTURNIER

Sonntag, 3. Juni 2018 in Olten

Turnierdauer 🚩 ca. 9–16 Uhr, definitive Zeiten nach Eingang der Teammeldungen (längerer Anreiseweg wird berücksichtigt)

Spielort 🚩 Bifangmatte, Olten, gemütlicher und grosszügiger Spielplatz mitten in der Stadt, vom Bahnhof 5 Min. zu Fuss.

Team 🚩 Es wird mit jeweils 6 SpielerInnen gespielt. Gemischte Mannschaften starten mit 1 Goal als kleinem Vorteil.

Schuhe 🚩 gestattet sind Nockenschuhe, aber ohne Metallstollen.

Garderoben 🚩 Sind genügend vorhanden.

Preise 🚩 Alle Mannschaften erhalten zumindest einen Naturalpreis.

Einsatz 🚩 60 Franken für Unkosten usw. Kann am Spieltag beglichen werden.

Mittagessen 🚩 Wir führen eine Festwirtschaft mit Mittagessen.

Wetter 🚩 Die Bifangmatte ist ein Allwetterplatz, aber bei schlechtem Wetter gibt Tel. 078 674 79 11 ab 7 Uhr Auskunft über die Durchführung.

Anmelden 🚩 bis 17. Mai 2018
urs.huber@sev-online.ch
078 674 79 11

SP



Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Altersvorsorge auf drei Säulen: Zukunftsperspektiven D1.8.1815
28./29.5.2018, Solbadhotel, Sigriswil
Drei-Säulen-Prinzip, Funktionsweise, Leistungen, Finanzierung, Zusammenspiel, politische Streitfelder, Zukunftsperspektiven, gewerkschaftliche Positionen
Referentin: Gabriela Medici (SGB), Christine Goll (Movendo)

Ein schwieriges Gespräch steht bevor D2.4.1806
30.5.2018, Auberge Langenthal, Langenthal
Selbst- und Fremdbild, Modelle und Techniken der Kommunikation
Referentin: Emiliana Della Torre (Movendo)

TISA, TTIP, CETA – Freihandel und Service public D1.8.1813
11.6.2018, VPOD-Zentralsekretariat, Zürich
Freihandelsabkommen und ihre Auswirkungen, gewerkschaftliche Strategien
ReferentInnen: Stefan Giger (VPOD), Katharina Prelicz-Huber (VPOD)

Was, wenn die Rente nicht zum Leben reicht? D2.3.1806
14.6.2018, Hotel Ambassador, Bern
System der Ergänzungsleistungen zu AHV und IV (1. Säule), Funktionsweise, Anleitung zur Berechnung des Anspruchs
Referentin: Sia Lim (SEV)

Geschichte der Gewerkschaftsbewegung D1.8.1809
27./28.8.2018, Hotel Flora Alpina, Vitznau
Historische Entwicklung, Gewerkschaftskulturen, gemeinsame Werte und Ziele
ReferentInnen: Annette Hug (Historikerin), Adrian Zimmermann (Historiker)

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch oder per Telefon 031 370 00 70

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von 250.– statt 390.– respektive 300.– statt 450.– pro Kurstag. Weiter kann bei Simon Roth (SP Schweiz, simon.roth@spschweiz.ch) finanzielle Unterstützung beantragt werden.

AGENDA 2018

18. MAI
«Die Fraktion lädt ein»,
Bern

2. JUNI
Mitgliederversammlung
SP Frauen*, Bern

9. JUNI
Jahresversammlung
SP MigrantInnen, Bern

16. JUNI
Tagung «Rolle des Islams
in der Schweiz», Bern

23. JUNI
Delegiertenversammlung

9. – 12. AUGUST
Sommeruni, Chandolin

15. SEPTEMBER
Mitgliederversammlung
SP Frauen*, Bern

10. NOVEMBER
Feier 100 Jahre Landesstreik,
Olten

1./2. DEZEMBER
Parteitag, Brugg

www.spschweiz.ch/agenda

Rüstet euch! Reserviert den 10. November!*

100 Jahre Landesstreik
Samstag, 10. November 2018 ab 14 Uhr
Alte Hauptwerkstätte SBB
Gösgerstrasse 46 – 60 beim Bahnhof Olten

www.landesstreik1918.ch
#landesstreik

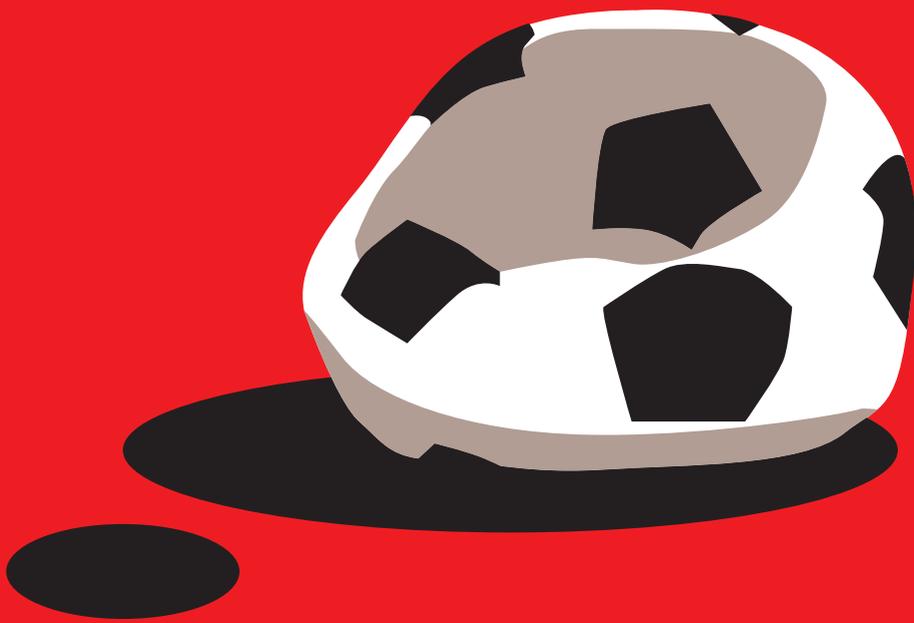
* Volksrecht, 1. November 1918, Aufruf an die Jugendlichen



**Im «links»
inserieren?**

Medienvermarktung
GmbH
Kilian Gasser
Gitschenstrasse 4
6460 Altdorf
041 871 24 46
kg@kiliangasser.ch

Damit Sport, Kultur und AHV nicht ausbluten



Gemeinnütziges Geldspielgesetz

Komitee für ein Geldspielgesetz
im Dienste von AHV, Kultur und Sport

